

Unterrichtsstunde

zu den Lehrplanthemen soziale Marktwirtschaft,
Steuern und Abgaben, Wirtschaftsordnung als Handlungsrahmen
(Jahrgangsstufen 10 und 11 der gymnasialen Oberstufe)



Umverteilung in der sozialen Marktwirtschaft, Belastung eines Privathaushalts mit Steuern und Abgaben



Wahrscheinlich hast du Folgendes auch schon einmal in deinem Umfeld gehört: „Der Fiskus hält wieder die Hand auf!“ Aber wer oder was ist der „Fiskus“ und was hat das mit uns ganz persönlich zu tun? Und warum hält er überhaupt die Hand auf?

Wir alle zahlen Steuern und Abgaben – ganz egal, ob wir angestellte Beschäftigte, selbstständig Arbeitende oder ob wir schon in Rente sind. Selbst Kinder und Jugendliche zahlen indirekte Steuern, wenn sie einkaufen. Steuern und Abgaben betreffen uns also ganz unmittelbar. Viele Bürgerinnen und Bürger geben jährlich eine Steuererklärung ab und legen damit ihre Einkünfte gegenüber den Finanzbehörden offen, sie „erklären“ sich also. Anhand der Steuererklärung wird die Höhe der zu zahlenden Einkommensteuer bestimmt. Bei angestellten Beschäftigten ist es allerdings so, dass sie bereits monatlich Lohnsteuer zahlen, die von ihrem Gehalt automatisch abgezogen wird. Wenn sie trotzdem häufig eine Steuererklärung abgeben, tun sie dies meist, um zu viel gezahlte Steuern vom Staat zurückzubekommen. Auch aus diesem Grund ist es gut, sich mit Steuern und Abgaben zu beschäftigen und zu verstehen, was es heißt, wenn von Belastungen durch den Fiskus die Rede ist.

Fiskus

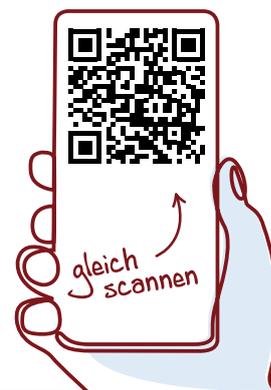
Der Begriff Fiskus kommt ursprünglich aus dem Lateinischen und bedeutet „geflochtener Korb“. Später wurde daraus „Geldkorb“, Kasse, Staatskasse“.

Im Deutschen wird unter diesem Begriff meistens die Finanzverwaltung verstanden, also der Bereich, der das Steuer- und Abgabewesen des Staates betrifft. Eigentlich ist damit aber der Staat in seiner Rolle als Wirtschaftseinheit (Wirtschaftssubjekt) gemeint.

Arbeitsaufträge

- 1 Tragt in der Klasse Informationen zusammen, welche Abgaben und Steuern einen Haushalt in Deutschland belasten können. Denkt auch über die Aussage der Karikatur nach.
- 2 Nutzt euer Vorwissen und sammelt die Informationen auf der Tafel oder dem Whiteboard.

Interaktiv: Zu dieser Unterrichtseinheit gibt es interaktive Zusatzmaterialien:
<https://bankenverband.de/steuern-quiz/>



Arbeitsblatt 1:

Umverteilung in der sozialen Marktwirtschaft

Die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland wird mit dem Begriff „**soziale Marktwirtschaft**“ beschrieben. Mitgeprägt wurde der Begriff von dem Wirtschaftswissenschaftler und Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Alfred Müller-Armack. Politisch umgesetzt hat sie nach dem Zweiten Weltkrieg der erste Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (Minister von 1949-1963). Die soziale Marktwirtschaft hat bei breiten Bevölkerungsschichten speziell in den 1950er und 1960er Jahren zu einer bis dahin nicht gekannten Steigerung des Wohlstandes und zu einem hohen Maß an sozialer Sicherheit geführt. Um dieses hohe Maß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten, greift der Staat in den Markt ein, um eine begrenzte Umverteilung der Gewinne und Lasten zu erreichen.

Soziale Marktwirtschaft

Seit über sieben Jahrzehnten ist die soziale Marktwirtschaft die Grundlage der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland. Nach Ludwig Erhard ist sie durch Privateigentum, fairen Wettbewerb und begrenzte Marktmacht der Einzelnen gekennzeichnet: Sie soll die wirtschaftliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger sichern, einen rechtlichen Rahmen für den Wettbewerb setzen und Wege schaffen, gegen Preisabsprachen von Unternehmen vorzugehen. Kernstück einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist der Wettbewerb. Ein freier und fairer Wettbewerb erhöht das Produktangebot und damit die Konsummöglichkeiten der Menschen. Er garantiert eine leistungsfähige Produktion und schafft den Rahmen für Innovationen und neue Erfindungen, was wiederum zu allgemeinen Wohlstandssteigerungen führt. Als solche ist die soziale Marktwirtschaft zwar nicht in der Verfassung der Bundesrepublik verankert, dennoch legen zentrale Elemente der bundesdeutschen Rechtsordnung (etwa Eigentumsgarantie, Vertrags- und Koalitionsfreiheit, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl) wichtige Grundlagen für die soziale Marktwirtschaft.

Die soziale Marktwirtschaft betont die Eigenverantwortung eines jeden Menschen, der nicht vom Staat abhängig sein, sondern durch eigene Arbeit für sich selbst sorgen soll. Doch auch der soziale Ausgleich ist ein Kernelement der sozialen Marktwirtschaft. Dieser soziale Ausgleich soll eine soziale Absicherung für jene Alten, Kranken, Arbeitslosen und Einkommensschwachen sichern, die keine oder nur sehr geringe Markteinkommen erzielen können. Der soziale Ausgleich erfolgt über staatliche Umverteilung, beispielsweise in Form der Steuer-, Sozial- und Strukturpolitik. Mit dieser Umverteilung soll auch die materielle Ungleichheit der Bürgerinnen und Bürger verringert werden, wie sie sich aus unterschiedlichen Ausgangslagen und Markterfolgen ergibt.

Es besteht bis heute große Einigkeit darüber, dass die soziale Marktwirtschaft für Deutschland das richtige Wirtschaftssystem darstellt. Über die Frage, welches Ausmaß an Ungleichheit mit der sozialen Marktwirtschaft vereinbar und wie viel Umverteilung überhaupt nötig ist, kann man aber ebenso unterschiedlicher Auffassung sein, wie über die Frage, ob staatliche Sozialpolitik eher beim Einkommen, beim Vermögen oder bei anderen Größen (z. B. Bildung) ansetzen sollte.

So weisen die einen darauf hin, dass die Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen, Bildung und auf dem Arbeitsmarkt hierzulande größer geworden sei. Deutschland stehe auch im europäischen Vergleich – gerade bei der Verteilung des Vermögens in der Gesellschaft – nicht gut da. Die anderen wiederum verweisen auf funktionierende Umverteilungsmechanismen. Durch die Grundsicherung sei absolute Armut in Deutschland nahezu ausgeschlossen. Darüber hinaus würden die Besonderheiten der Lohn- und Einkommensteuer (progressiver Tarifverlauf, Freibeträge etc.) dazu führen, dass Geringverdienende deutlich weniger Lohn- und Einkommensteuer zahlen als Besserverdienende. So erbringen die einkommensstärksten 10% der Steuerzahlenden einen Anteil von mehr als 50% des Einkommensteueraufkommens.

Art und Umfang der staatlichen Eingriffe sind daher politisch oft umstritten. Dies gilt auch für die Steuer auf Löhne und Einkommen, die ein zentrales Element der Umverteilung in der sozialen Marktwirtschaft darstellen. Etwas anders sind die Sozialversicherungsbeiträge zu gewichten: Sie unterliegen einer strengen Zweckbindung und begründen Rechtsansprüche auf Leistungen. Renten- und Arbeitslosenversicherung z. B. funktionieren nach dem Äquivalenzprinzip, d. h., die Sozialleistungen richten sich nach den gezahlten Beiträgen. Wer hohe Beiträge aufgrund eines hohen Einkommens zahlt, der bekommt im Bedarfsfall auch ein höheres Arbeitslosengeld bzw. eine höhere Rente. Die Kranken- und Pflegeversicherung wirken nach dem Solidarprinzip. Hier erhält die versicherte Person im Bedarfsfall die gleichen notwendigen Leistungen, unabhängig von den gezahlten Beiträgen.

Im Unterschied zu den Sozialleistungen, die direkt von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert werden, handelt es sich bei den Leistungen der Sozialversicherungsträger (gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung, soziale Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung und gesetzliche Unfallversicherung) um beitragsfinanzierte Leistungen. Die Zweige der Sozialversicherung finanzieren sich im Wesentlichen durch lohnbezogene Beiträge, die zu gleichen Teilen von den Versicherten und den Arbeitgebenden gezahlt werden. Im Unterschied zur Privatversicherung werden die Beiträge aber nicht nach der individuellen Wahrscheinlichkeit bemessen, dass das Risiko eintritt, sondern sie machen bei allen Versicherten den gleichen Prozentsatz vom versicherungspflichtigen Einkommen aus. Das heißt, Kerngesunde zahlen den gleichen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wie Menschen mit ungesundem Lebensstil und chronischen Erkrankungen.

Name: _____ Klasse: _____ Datum: _____

Arbeitsaufträge

- 1 Erkläre, was sich hinter dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ verbirgt.
- 2 Die soziale Marktwirtschaft ist eine von mehreren Wirtschaftsordnungen, eine andere Wirtschaftsordnung wäre die sogenannte *freie Marktwirtschaft*. Nutze den untenstehenden QR-Code, um mehr über diese Wirtschaftsordnung zu erfahren.
- 3 Grenze die Begriffe „freie Marktwirtschaft“ und „soziale Marktwirtschaft“ voneinander ab. Fülle die Tabelle aus.

Freie Marktwirtschaft	Vorteile	Nachteile

Soziale Marktwirtschaft	Vorteile	Nachteile

- 4 Diskutiert in der Klasse über Vorteile der sozialen Marktwirtschaft.



Infotext zur freien Marktwirtschaft:

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19325/freie-marktwirtschaft/>



Arbeitsblatt 2: Arbeitsschutz

M1: Übersicht zu den Sozialversicherungsbeiträgen (SV-Beiträgen) 2022

SV-Beiträge 2022 in Prozent				
Versicherung	Krankenversicherung	Pflegeversicherung	Rentenversicherung	Arbeitslosenversicherung
Beitrag gesamt	14,6	3,05	18,6	2,4
Beitrag Arbeitnehmer (AN) / Arbeitgeber (AG)	7,3 / 7,3	1,525 / 1,525	9,3 / 9,3	1,2 / 1,2
Zusatzbeiträge AN	durchschnittlich +1,3	AN älter als 23 und kinderlos +0,35	-	-

Fallbeispiel

Eine Bäckerin bekommt als Einstiegsgehalt 1800,00 EUR brutto. Außerdem bekommt sie einen Arbeitgeberzuschuss zu einer betrieblichen Altersvorsorge in Höhe von 27,00 EUR. Sie lebt in Lübeck, ist 27 Jahre alt (zweiter Bildungsweg), evangelisch und kinderlos. Ihre Steuerklasse ist: 1

Weitere Informationen können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	Satz	AN-Anteil	Finanzierung
Lohnsteuer (LS)	Klasse 1	-	-
Kirchensteuer	9% der LS	-	-
Krankenversicherung	14,6% des Gehalts	7,3% + 0,65% = 7,95% (Hälfte des durchschnittl. Zusatzbeitrags von 1,3%)	AN 50% AG 50%
Pflegeversicherung (ab 23 Jahre, ohne Kinder)	3,05% des Gehalts	1,525% (1,525% + 0,35% = 1,875%)	AN 50% (AN 55,15%) AG 50% (AG 44,85%)
Rentenversicherung	18,6% des Gehalts	9,3%	AN 50% AG 50%
Arbeitslosenversicherung	2,4% des Gehalts	1,2%	AN 50% AG 50%

Arbeitsaufträge

- 1 Teilt euch in zwei Gruppen auf. Eine Gruppe definiert: Was sind Steuern? Die andere Gruppe: Was sind Abgaben?
- 2 Die Gruppen erklären der jeweils anderen in eigenen Worten, was sie herausgefunden haben.
- 3 Lies dir das Fallbeispiel (M1) durch. Untersuche, welche Steuern und Abgaben die Bäckerin jeden Monat entrichten muss. Informiere dich anhand der Tabelle über die prozentuale Höhe der entsprechenden Abgaben und Steuern.
- 4 Die Bäckerin aus dem Fallbeispiel (M1) hat ein Einkommen in Höhe von 1800,00 brutto – brutto bedeutet, bevor sie alle Steuern und Abgaben entrichtet. Berechne, wieviel Geld netto, also nach dem Abführen der Steuern und Abgaben am Monatsende, für sie zum täglichen Leben, für die Miete, ein Auto oder aber auch für Telefon und Internet übrigbleibt.

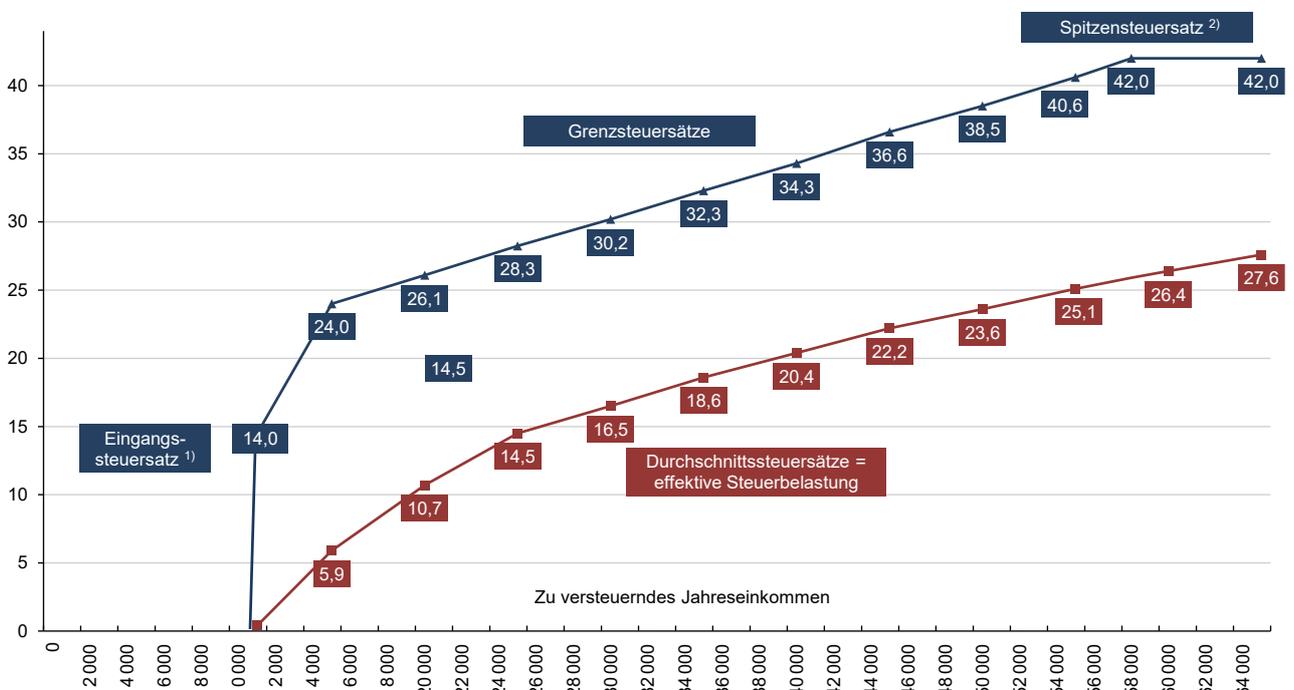


Arbeitsaufträge

5 Fülle die Tabelle aus:

Bezeichnung	Basis in Euro	Betrag in Euro
Gehalt (Monat)		1 800,00
Arbeitgeberzuschuss zur betriebliche Altersvorsorge		
Brutto gesamt		
Lohnsteuer	1 800,00	105,08
Kirchensteuer	105,08	
Krankenversicherung		
Pflegeversicherung		
Rentenversicherung		
Arbeitslosenversicherung		
Gesetzliches Netto		
Überweisung der betriebliche Altersvorsorge		
Auszahlungsbeitrag		

6 Werte das Diagramm aus. Was bedeutet es, wenn jemand ein Einkommen von mehr als 20 000 EUR oder von mehr als 50 000 EUR hat?



1) Der Eingangssteuersatz von 14 % greift ab einem Jahreseinkommen von 10 347 Euro.
 2) Der Spitzensteuersatz von 42 % beginnt ab einem (zu versteuernden) Jahreseinkommen von 58 597 Euro.

- 7 Der Spitzensteuersatz liegt derzeit bei 42 % und greift bei 58 597 EUR Einkommen (2022). Beurteile mit diesem Wissen und allen vorliegenden Informationen folgende Aussage: Wer viel verdient, soll auch mehr zahlen.
- 8 Nimm Stellung: Wie stehst du zur „sozialen Marktwirtschaft“ und damit zur Umverteilung?

Name: _____

Klasse: _____

Datum: _____

M2: Hilfestellungen zu den Arbeitsaufträgen

Material zu Aufgabe 1:



Steuern:

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/pocket-politik/16558/steuern/>

Abgaben:

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/18543/abgaben/>
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18214/sozialabgaben/>



Material zu Aufgabe 2:

Wenn die erste Lohnabrechnung kommt, wird es spannend. Die Lohnabzüge werden nun auf einen Blick sichtbar. Folgende Informationen sind nötig, um die Lohnabrechnung zu verstehen¹:

Steuerliche Abzüge:

- Die Höhe der Lohnsteuer hängt von der Einkommenshöhe und der Lohnsteuerklasse ab.
- Die Kirchensteuer beträgt in Bayern und Baden-Württemberg 8% der Lohnsteuer und in den anderen Bundesländern 9% der Lohnsteuer.

Sozialversicherungsbeiträge:

- Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (AG) sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN) teilen sich die Sozialversicherungsbeiträge (SV-Beiträge) zur Hälfte. Der Sozialversicherungsbeitrag setzt sich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammen aus den Beiträgen zu der Gesetzlichen Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung. Es kommen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch Zusatzbeiträge bei der Krankenversicherung von durchschnittlich 1,3% hinzu, dieser Beitrag variiert je nach Krankenkasse.
- Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die älter als 23 Jahre alt und kinderlos sind, fallen 0,35% Beitragszuschlag bei der Pflegeversicherung an.
- Wichtig: die SV-Beiträge werden vom sozialversicherungspflichtigen Bruttolohn erhoben. Dieser Bruttolohn kann sich vom steuerpflichtigen Bruttolohn unterscheiden. Außerdem gibt es eine Beitragsbemessungsgrenze (BBG), 2022 liegt sie für die Kranken- und Pflegeversicherung bei 4837,50 Euro brutto, für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bei 7050,00 Euro brutto (West) bzw. 6750,00 Euro brutto (Ost). D.h. bis zu dieser Summe werden die beitragspflichtigen Einnahmen von gesetzlich Versicherten für die Berechnung der Sozialversicherung herangezogen².

¹In Anlehnung an: <https://www.wirtschaftundschule.de/unterrichtsmaterialien/haushalt-und-geld/unterrichtsentwuerfe/die-lohnabrechnung---wie-viel-vom-brutto-uebrig-bleibt> (20.08.2022).

²Alle Zahlen aus: <https://lohn-info.de/sozialversicherungsbeitraege2022.html> (20.08.2022).



Lehrplaneinordnung

In den Lehrplänen ist das Thema „Umverteilung in der sozialen Marktwirtschaft, Belastung eines Privathaushalts mit Steuern und Abgaben“ Bestandteil des Curriculums der Fächer Wirtschaft und Recht, Wirtschaft und Politik der fachlichen Gymnasien (Wirtschaftsgymnasium), in den Jahrgangsstufen 10 und 11 der gymnasialen Oberstufe.

Der Themenkomplex findet sich z. B. im Bereich „Unternehmen als Teil von Gesamtwirtschaft und Gesellschaft“, für die Wirtschaftsgymnasien im Bereich „Die Wirtschaftsordnung als Handlungsrahmen.“

Ziel dieser Themenkomplexe ist, dass die Schülerinnen und Schüler lernen, eigene Standpunkte und Fragen in den politischen Willensbildungsprozess zu einem konkreten Thema einzubringen sowie die Auswirkungen auf ihre eigene Lebenswelt zu erkennen.

Im Hinblick auf die **Sachkompetenz** sollen die Schülerinnen und Schüler die Notwendigkeit von Steuern und Abgaben, aber auch die Belastungen, die daraus entstehen kennenlernen. Außerdem lernen sie die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe kennen und zu beurteilen. Sozialpolitische Regelungen und Entscheidungen im Hinblick auf wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit können ebenfalls eingeschätzt und beurteilt werden. Darüber hinaus soll hier das Ziel der Partizipationsfähigkeit erreicht werden. Die Lernenden erfahren, wie sich die Umverteilung in der sozialen Marktwirtschaft ganz konkret auf sie selbst auswirkt. Sie können aktiv am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen und sich in politisch-gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbringen.

Die **Förderung der Urteilskompetenz** soll es den Lernenden ermöglichen, die Auswirkungen der Umverteilung und die Belastungen für einen privaten Haushalt durch Steuern und Abgaben aufzuzeigen und zu beurteilen. Politisch-moralische Urteilsfähigkeit wird durch die Einschätzung staatlicher Rahmenbedingungen auf die Gesellschaft und jede einzelne Person gefördert.

Methodenkompetenz unter Verwendung von digitalen wie analogen Medienangeboten soll ebenfalls im Rahmen von Informations- und Datengewinnung gefördert werden. Durch die Auswertung von Texten und das Interpretieren von Karikaturen zu wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Themen können die Schülerinnen und Schüler Stellung beziehen. Hiermit wird auch die politische Meinungsbildung gefördert.

Methodisch-didaktische Hinweise

Diese Unterrichtseinheit kann im Anschluss an Themenkomplexe mit deutlichem Bezug zu Deutschland oder Recht als Handlungsrahmen unterrichtet werden. Die Aufgaben zum Einstieg geben die Möglichkeit der Anbindung an die eigene Erfahrungswelt. Eine Diskussion lässt etwaiges Vorwissen erkennen und hilft der Lehrkraft den Kenntnisstand der Lernenden besser einzuschätzen. Eine erste Reflexion der Lernenden zum Themenbereich ist möglich.

Lösungshinweise

Die Aufgabe zum Einstieg zum Thema „Steuern und Abgaben“ ist in ihrer Beantwortung offen. Hierzu gibt es keine Musterlösung.

Arbeitsblatt 1:

Aufgabe 1

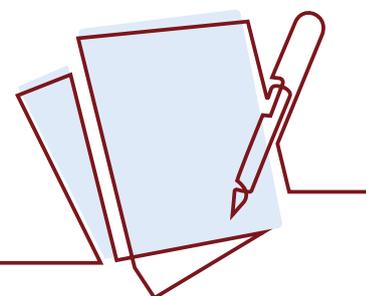
Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet im weitesten Sinne die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. In der „sozialen Marktwirtschaft“ hat der Staat die Aufgabe, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, in dem sich das wirtschaftliche Handeln abspielt.

Dazu gehören eine Wettbewerbsordnung, damit ein Wettbewerb gewährleistet werden kann, die freie Preisbildung für Güter und Leistungen am Markt, das Streben nach Gewinn als Leistungsanreiz, das Recht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, über ihre Verbände die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung ohne staatlichen Eingriff zu regeln (Tarifautonomie), eine aktive Wirtschafts- und Steuerpolitik des Staates.

Arbeitsblatt 2:

Aufgabe 1

- **Steuern:** Zwangsabgabe, die der Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern und von Unternehmen erhebt. Steuern sind die Haupteinnahmequelle des Staates und dienen zur Bezahlung seiner vielfältigen Ausgaben



- **Abgaben:** Geldzahlungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften, die an Bund, Länder, Gemeinden und die Religionsgemeinschaften per Gesetz abzuführen sind. Besonders hervorzuheben sind Sozialabgaben. Darunter versteht man Zahlungen an die Sozialversicherung, die entweder von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder anteilig von beiden zu entrichten sind.

Aufgaben 2 bis 4

Diese Aufgaben sind reine Verständnisklärungen, die Anwendung in der Tabelle finden. Deswegen keine Lösungsvorschläge.

Aufgabe 5

Bezeichnung	Basis in Euro	Betrag in Euro
Gehalt (Monat)		1 800,00
Arbeitgeberzuschuss zur betriebliche Altersvorsorge		27,00
Brutto gesamt		1 800,00
Lohnsteuer	1 800,00	105,08
Kirchensteuer	105,08	9,45
Krankenversicherung	1 800,00	143,10
Pflegeversicherung	1 800,00	33,75
Rentenversicherung	1 800,00	167,40
Arbeitslosenversicherung	1 800,00	21,60
Gesetzliches Netto		1 319,62
Überweisung der betriebliche Altersvorsorge		27,00 (wird direkt an die Versicherung gezahlt)
Auszahlungsbeitrag		1 319,62

Aufgaben 6

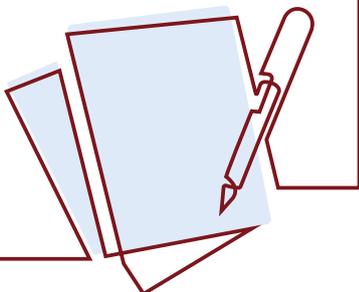
Auswertung Diagramm: der Steuersatz steigt mit der Höhe des Einkommens, bei 20000 Euro liegt der Durchschnittssteuersatz bei 11% und der Grenzsteuersatz bei 26%; bei 50000 Euro liegt der Durchschnittssteuersatz bei 24% und der Grenzsteuersatz bei 38%.

Aufgaben 7

Die Beantwortung ist sehr individuell, daher gibt es auch hier keine Musterlösung. Es sollte nur beachtet werden, dass der Operator „beurteilen“ auch bearbeitet wird. Es soll ein Sachurteil sachlich richtig, logisch bzw. sinnvoll erfolgen.

Aufgaben 8

Die Beantwortung ist sehr individuell, daher gibt es auch hier keine Musterlösung. Es sollte nur beachtet werden, dass der Operator „Stellung nehmen“ auch bearbeitet wird. Es soll also beurteilt und zusätzlich die eigene Position dargelegt und begründet werden (Anforderungsbereich III).



Sachinformation

Laut einer Umfrage von 2019 im Auftrag der „WirtschaftsWoche“ genießt die soziale Marktwirtschaft zwar einen großen Rückhalt in der deutschen Bevölkerung, es gibt aber gleichzeitig einen verbreiteten Wunsch nach zusätzlicher Umverteilung. So sind 70 Prozent der Befragten überzeugt, dass die soziale Marktwirtschaft das bestmögliche Wirtschaftssystem für die Bundesrepublik darstellt. Nur 16 Prozent teilen diese Meinung nicht. Der Rückhalt ist in allen Bevölkerungsgruppen hoch – unabhängig von Alter, Kaufkraft und Bildung. Mit dem ökonomischen System gibt es also eine grundsätzliche – und breite – Zufriedenheit. Auffällig ist allerdings, dass die Marktwirtschaft im Westen des Landes (73 Prozent) populärer ist als im Osten (59 Prozent).

(<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/exklusive-civey-umfrage-wer-sich-in-deutschland-wirklich-mehr-staat-wuenscht/24978850.html>).

Dennoch gibt es natürlich immer wieder Diskussionen darüber, wie die Umverteilung innerhalb der sozialen Marktwirtschaft organisiert werden sollte. Einkommen und Vermögen sollen das Leben aller Menschen sichern und die Reichen sollen nicht immer reicher werden. Die Arten der Umverteilung sind daher sehr unterschiedlich. Sie lassen sich einteilen in Umverteilung durch die Steuerpolitik, womit die klassischen Steuerarten gemeint sind. Darunter fallen auch diverse Abgaben und Umverteilung innerhalb der Sozialversicherungen. Auch hier sorgt der Gesetzgeber immer wieder für einen Ausgleich.

Aufgrund der enormen weltpolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen steht die soziale Marktwirtschaft aber kontinuierlich auf dem Prüfstein. Die Bertelsmann Stiftung forderte schon 2018, dass die soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig gemacht werden sollte (Gath et al 2018: Die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen. Herausforderungen und Chancen einer inklusiven Reform unseres Wachstumsmodells).

Über das Wie, wird aber kontinuierlich diskutiert. Diese Diskussionen betreffen die Schülerinnen und Schüler unmittelbar: sei es im familiären Umfeld oder aber auch bei ihrer eigenen ersten Lohnabrechnung oder Steuererklärung. Diese Unterrichtseinheit soll dabei einen Beitrag zur Diskussion leisten und Schülerinnen und Schüler ermöglichen, sich aktiv einzubringen.

Einsatz der interaktiven Übung

<https://bankenverband.de/steuern-quiz/>

Interaktive Übungen ermöglichen eine stärkere Schülerorientierung und selbstregulierendes Lernen. Die Schülerinnen und Schüler arbeiten mit digitalen Medien in der Regel motivierter und haben die Möglichkeit ihr Lerntempo selbst zu bestimmen. So werden sie auch bei diesem Quiz in die eigenständige Erarbeitung der Inhalte eingebunden. Sie können zum einen Wissen selbst erarbeiten und zum anderen das im Unterricht erarbeitete Wissen festigen und vertiefen. Durch die spannende Aufgabe werden sie zum Nachdenken und Recherchieren angeregt.

Durch die Kommunikation im Team (kooperatives Lernen) können die Lernenden auch untereinander ihre Ergebnisse vergleichen, hinterfragen und beurteilen. Dadurch werden wesentliche prozessbezogene und fachbezogene Kompetenzen vermittelt.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin

Autorin: Dr. Melanie Carina Schmoll

Grafik: Hagemann Bildungsmedien, sozialpolitik-aktuell.de (Diagramm Steuersätze)

Bild: toonpool.com/Schwarwel (Karikatur)

Copyright: © 2022 Hagemann & Partner Bildungsmedien Verlagsges. mbH, Düsseldorf

